

Kampfmaschinen mutieren, die angstfrei, skrupellos und mit potenzierten Kräften ihre Feinde bekämpfen und töten. Die militärischen Aspekte und Elemente des Transhumanismus werden vorgestellt und kritisch beleuchtet. In diesem Kontext spielen dabei eine besondere Rolle die künstliche Intelligenz und die Nanotechnik.

Das Dossier enthält Beiträge von Roland Beuermann, Christoph Coenen, Hans-Jörg Kreowski, Robert Ranisch, Alexander Reymann und Stefan Lorenz Sorgner.

erschienen in der *Fiff-Kommunikation*,  
herausgegeben von *Fiff e.V.* - ISSN 0938-3476  
[www.fiff.de](http://www.fiff.de)

Wir wünschen unseren Leserinnen und Lesern eine interessante und anregende Lektüre – und viele neue Erkenntnisse und Einsichten.

Stefan Hügel  
für die Redaktion

## Anmerkung

1 Leider lagen uns nicht von allen Reden Manuskripte vor.  
Einige Reden wurden frei gehalten.



## Der Brief

### „Es ist besser, nicht zu regieren, als falsch zu regieren“

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Mitglieder des Fiff,

nein, die Wahl der Überschrift dieser Kolumne – die Begründung der FDP, die Koalitionsverhandlungen mit der CDU/CSU und Bündnis 90/Die Grünen abzubrechen – soll keinerlei Parteipräferenzen andeuten, weder des Autors noch des Fiff.<sup>1</sup> Doch wo sie recht haben, haben sie recht.<sup>2</sup>

#### Falsches Regieren: Politische Geschmeidigkeit

Auch wenn sich die Grünen von ihren Ursprüngen weit entfernt haben – Petra Kelly, die in diesen Tagen 70 Jahre alt geworden wäre und auf die sich manche heute folgenlos berufen, spielte bekanntlich bereits Ende der 1980er-Jahre in ihrer Partei keine wesentliche Rolle mehr – ist es nicht vorstellbar, dass sie der Agenda der anderen Parteien so weit entgegenkommen würden, dass damit die Basis für eine gemeinsame Regierung geschaffen wäre. Um die Sicherheitspolitik und die Bürgerrechte als ein Beispiel herauszugreifen: Ein Konstantin von Notz, der in der Bürgerrechtsbewegung große Anerkennung genießt, gemeinsam in einer Regierung mit Thomas de Maizière oder Joachim Herrmann – unvorstellbar.

Oder doch? Stephan Hebel schrieb in der Frankfurter Rundschau: „[Die Grünen] können sich nun bei der FDP bedanken, dass sie ihre weitgehende Abdankung als öko-soziale Partei vorerst nicht in einen Koalitionsvertrag schreiben müssen.“<sup>3</sup> Also: Noch einmal Glück gehabt?

Und so wird es wohl wieder – Stand Anfang Januar – zu einer „Großen“<sup>4</sup> Koalition kommen. Zu hoffen bleibt, dass die SPD weiß, was sie tut. Der Absturz ihrer Schwesterpartei PvdA (*Partij van de Arbeid*) in den Niederlanden, um nur ein Beispiel zu nennen, von 24,8 % auf 5,7 % sollte mahndendes Beispiel sein.<sup>5</sup>

Der Aufstieg der AfD geriet angesichts der „Jamaika“-Verhandlungen kurzzeitig fast in Vergessenheit, nachdem der Partei im Vorfeld der Wahl großes öffentliches Interesse zuteil wurde – manche meinen, die exzessive Berichterstattung und die regelmäßige Einladung in Fernsehdiskussionen hätten das Wahlergebnis gefördert. Wie dem auch sei, es wird zu untersuchen

sein, warum rechtspopulistische Parteien, die in Teilen eindeutig rassistische und nationalchauvinistische Positionen vertreten, dermaßen erfolgreich sind – nicht nur in Deutschland, in einigen anderen Staaten noch deutlich stärker.



Die etablierten Parteien mögen daraus ihre eigenen Folgerungen ziehen. Wie das Wahlergebnis zeigt, ist aber das Nachahmen des Populismus, wie es ansatzweise in Bayern geschieht, nicht nur politisch gefährlich, sondern nicht einmal erfolgreich: Die CSU erzielte ein historisch schlechtes Wahlergebnis.<sup>6</sup> Wie aber auch die politische Entwicklung bei einigen unserer Nachbarn zeigt: Es ist höchste Zeit, den abschüssigen Pfad in den Autoritarismus und Rechtspopulismus zu verlassen.

#### Falsches Regieren: Progressiver Neoliberalismus

Die US-amerikanische Philosophin und Feministin Nancy Fraser sieht im Aufkommen des Rechtspopulismus einerseits einen Ausdruck für die Ablehnung des globalen Finanzkapitalismus und seiner sozialen Auswirkungen und zum anderen, darüber hinaus, für die Ablehnung eines progressiven Neoliberalismus, der die neoliberale, „wissensbasierte Wirtschaft“ mit progressiven Zielen wie Feminismus, Antirassismus, Multikulturalismus verbindet. „Seither bemänteln – prinzipiell für sehr unterschiedliche Ziele einsetzbare – Ideale wie Diversität und Empowerment neoliberale Politiken, die zu einer Verheerung der alten Industrien mitsamt ihrer Mittelklasse-Lebenswelten der in ihnen Beschäftigten geführt haben“, so Fraser<sup>7</sup>, und weiter: „Der Clintonismus ist in hohem Maße mitverantwortlich für die Schwächung der Gewerkschaften, den Niedergang der Reallöhne, die Prekarisierung von Arbeit und den Rückgang ausreichender Alleinverdiener-Einkommen (*family wages*) zugunsten der ‚Zwei-Verdiener-Familie‘.“<sup>8</sup> Wähler.innen der AfD in Deutschland, des *Front National* in Frankreich, von Donald Trump in den USA lehnen aus Frasers Sicht den Neoliberalismus und die politischen Eliten, die ihn betreiben, ab.<sup>9</sup> Viele Wähler.innen des *Front National* waren zuvor Anhänger.innen sozialistischer und kommunistischer

scher Parteien, wie der Soziologe Didier Eribon anhand seiner eigenen Eltern feststellt.<sup>10</sup>

## Falsches Regieren: Die Überwachung wird ausgeweitet

Noch einmal zurück zu den Grünen: Gemeinsam mit der zweiten Oppositionspartei, der Linken, haben ihre Vertreter gerade im NSA-Untersuchungsausschuss großartige Aufklärungsarbeit geleistet. Dafür gebührt ihnen Dank und Anerkennung – dass ihre Erkenntnisse wohl weitgehend folgenlos bleiben werden, haben sie nicht zu verantworten.

Doch das ist Oppositionsarbeit – schauen wir einmal, wie sich die Grünen für die Bürgerrechte einsetzen, wenn sie in Regierungsverantwortung sind, beispielsweise in Hessen: Die dortige Koalition aus CDU und Bündnis 90/Die Grünen will gerade ein neues Verfassungsschutzgesetz durchsetzen, das auch in Hessen künftig die Online-Durchsuchung erlaubt.<sup>11</sup> Dabei lassen sie sich anscheinend nicht einmal von ihrer Basis stoppen, die das Gesetz auf dem Landesparteitag mehrheitlich abgelehnt hat.

Inzwischen wurde bekannt, dass im Zusammenhang mit dem Gesetz auch eine Sicherheitsüberprüfung für Mitarbeiter:innen in Bildungs- und Beratungseinrichtungen, die öffentlich gefördert werden, eingeführt werden soll.<sup>12</sup> Dies fügt sich ein in eine Reihe von Versuchen, vor allem politisch eher links stehende Organisationen zu delegitimieren und zu diskreditieren, und spielt damit rechtspopulistischen Parteien direkt in die Hände.

Das FIFf unterstützt die Kampagne gegen den Hessentrotzjaner<sup>13</sup> und hat sich damit den Forderungen

- Sicherheit wahren – Kein Staatstrotzjaner für Hessen!
- Meldepflicht für entdeckte Sicherheitslücken.
- Sicherheitslücken gefährden alle – Schwachstellen-Suche unterstützen!

angeschlossen.

Doch trotz aller Irritationen und trotz aller politischen Geschmeidigkeit im Einzelfall sollten wir nicht vergessen: die Gefährder der Bürgerrechte sind nicht die Grünen, wie der letzte Vorstoß des geschäftsführenden Bundesinnenministers de Maizière wieder zeigt: Aufgrund von „Problemen mit der ‚verdeckten Überwindung von Sicherheitssystemen‘“ soll es nun per Gesetz erleichtert werden, Abhörtechnik in digitale Sicherungssysteme einzubauen. „Programmierprotokolle“ (sic!) sollen offengelegt, automatische Mitteilungen an den Nutzer bei Einbruchversuchen unterbunden werden.<sup>14</sup> Nachdem bereits bisher Sicherheitslücken zur Überwachung und für Cyberangriffe in IT-Systemen geschaffen werden, sollen nun also auch die Sicherheitssysteme von Kraftfahrzeugen, smarten TV-Geräten und Computern mit Hintertüren für behördliche Spionage ausgestattet werden. Neben dem bereits bekannten, merkwürdigen Verständnis von Bürgerrechten wird dadurch die Sicherheit solcher Systeme in unverantwortlicher Weise weiter ausgehöhlt. „Die Maßnahme wäre nicht nur ein großer Schritt in den Überwachungsstaat, sie gefährdet auch die digitale und physische Sicherheit aller Bürger“, kommentiert *netzpolitik.org*.<sup>15</sup>

## Falsches Regieren: Nicht nur in Hamburg

„Außer in Hamburg“, heißt es im Schwerpunkt dieses Heftes<sup>16</sup>, der die *Festtafel der Freiheit* nachzeichnet, die wir im Rahmen der Demonstration *Freiheit feiern – Rettet die Grundrechte* veranstaltet haben. Der Satz nimmt Bezug auf die Ereignisse bei den Protesten gegen den G20-Gipfel, der kurz davor stattfand und dabei exemplarisch auf die Ausrüstung der Polizei. Neben nicht hinnehmbaren Ausschreitungen von Demonstrationsteilnehmern während der Proteste gab es bekanntlich auch nicht hinnehmbare Polizeigewalt. Diese Proteste hatten nun offenbar Anfang Dezember ein Nachspiel in Form von bundesweiten Razzien und Hausdurchsuchungen. Die bundesweiten Razzien, durch die die unzähligen Brände in Flüchtlingsheimen oder gar die Hintergründe der Morde des *Nationalsozialistischen Untergrundes* (NSU) aufgeklärt werden sollten, habe ich im Gegensatz dazu jetzt nicht direkt wahrgenommen.

Der Zustand einer Gesellschaft zeigt sich wohl auch daran, wie ihre Exekutive agiert und welche Akzeptanz repressives Vorgehen gegen Minderheiten erhält: bei denen, die sich in der Mehrheit zu wissen glauben.

Als im Geschichtsunterricht (der in meinem Fall bereits ein paar Jahre zurückliegt) die Weimarer Republik behandelt wurde, wurde auch thematisiert, dass damals die Linke mit der ganzen Härte des Gesetzes verfolgt wurde, während rechte Straftäter oft mit milden Strafen davonkamen. Die mutmaßlich Verantwortlichen – um nur ein Beispiel herauszugreifen – für die Morde an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, genannt seien vor allen Waldemar Pabst und Hermann Souchon, wurden nie belangt. Sie führten nach dem zweiten Weltkrieg ein bürgerliches Leben in der Bundesrepublik; Pabst starb 1970, Souchon 1982. Vieles spricht dafür, dass Reichswehrminister Gustav Noske (SPD, schon damals ganz staatstragend) diese Morde gebilligt hat; die Rolle von Reichspräsident Friedrich Ebert ist mindestens unklar.<sup>17</sup>

„Es ist besser, nicht zu regieren, als falsch zu regieren“ – was das bedeutet, da mag man mit dem Urheber des Zitats völlig unterschiedlicher Meinung sein. Aber der Satz an sich ist richtig. Nicht zuletzt der Aufstieg rechter Parteien, nicht nur in Deutschland, sollte dafür eine Warnung sein.

Mit FIFfigen Grüßen  
Stefan Hügel

## Anmerkungen und Referenzen

- <sup>1</sup> Um Missverständnissen vorzubeugen: Das FIFf ist selbstverständlich parteipolitisch unabhängig und wird es bleiben – auch wenn Parteien, bedingt durch aktuelle Ereignisse, eine größere Rolle in dieser Kolumne spielen als in anderen Ausgaben. Dass einzelne Meinungen einzelner Personen bestimmten Parteien näherstehen als anderen, ist in einer Demokratie unvermeidlich. Der Autor zweifelt aber an der Maxime, dass alle demokratischen Parteien miteinander koalitionsfähig sein müssen – das kann nur gelingen, wenn sich, wie ja gelegentlich auch (zu Unrecht?) behauptet wird, Parteien zum Verwechseln aneinander angleichen oder in der Koalition grundsätzliche Positionen aufgeben.
- <sup>2</sup> Die Bemerkung, dass auch frühere Bundesregierungen manchmal besser nach dieser Maxime gehandelt hätten, verkneife ich mir hier ausdrücklich nicht.

- 3 <http://www.fr.de/politik/meinung/kommentare/sondierungsgespraech-scheitern-besser-leben-ohne-jamaika-a-1391805>
- 4 Die Bezeichnung behalte ich hier aus historischen Gründen bei.
- 5 Jörg Ukrow (2017): Wer ist gegen Europa? Analyse der Wahlen in der EU nach dem Brexit-Referendum, in: vorgänge. Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik, Nr. 220 (Bd. 56 Nr. 4), S. 69–79
- 6 [https://de.wikipedia.org/wiki/Christlich-Soziale\\_Union\\_in\\_Bayern](https://de.wikipedia.org/wiki/Christlich-Soziale_Union_in_Bayern)
- 7 Nancy Fraser (2017): Vom Regen des progressiven Neoliberalismus in die Traufe des reaktionären Populismus, in: Heinrich Geiselberger (Hg.) (2017): Die große Regression. Eine internationale Debatte über die geistige Situation der Zeit. Berlin: Suhrkamp, S. 79
- 8 ebd., S. 80
- 9 Dies steht in merkwürdigem Widerspruch zu der Tatsache, dass diese Parteien eine teilweise massiv neoliberale Programmatik haben.
- 10 Didier Eribon (2016): Rückkehr nach Reims, Berlin: Suhrkamp; im Original: Didier Eribon (2009): Retour à Reims, Paris: Librairie Arthème Fayard
- 11 <http://www.fr.de/rhein-main/landespolitik/hessen-hessens-verfassungsschutz-soll-mitlesen-a-1362493>
- 12 <http://www.bundesverband-mobile-beratung.de/wp-content/uploads/2017/11/2017-11-29-BMB-Stellungnahme-zu-Sicherheitsüberprüfungen-Hessen.pdf>
- 13 <https://www.hessentrojaner.de>
- 14 <http://www.rnd-news.de/Exklusive-News/Meldungen/November-2017/De-Maiziere-will-Ausspaehen-von-Privat-Autos-Computern-und-Smart-TVs-ermoeglichen>
- 15 <https://netzpolitik.org/2017/neue-ueberwachungsplaene-innenminister-will-hintertueren-in-digitalen-geraeten/>
- 16 ab Seite 21 in dieser Ausgabe; das Zitat findet sich auf Seite 25.
- 17 [https://de.wikipedia.org/wiki/Hermann\\_Souchon](https://de.wikipedia.org/wiki/Hermann_Souchon), [https://de.wikipedia.org/wiki/Waldemar\\_Pabst](https://de.wikipedia.org/wiki/Waldemar_Pabst), [https://de.wikipedia.org/wiki/Rosa\\_Luxemburg](https://de.wikipedia.org/wiki/Rosa_Luxemburg), [https://de.wikipedia.org/wiki/Gustav\\_Noske](https://de.wikipedia.org/wiki/Gustav_Noske)



## Die Zivilgesellschaft

### Offener Brief an Bündnis 90/Die Grünen und FDP zur Vorratsdatenspeicherung

23 Nichtregierungsorganisationen – unter ihnen das FIF – haben sich an die Vorsitzenden von Bündnis 90/Die Grünen und der FDP gewandt. Wir forderten darin die beiden Parteien, als Teil einer zu diesem Zeitpunkt möglichen und erwarteten christlich-ökologisch-liberalen Koalition (sog. Jamaika-Koalition) auf, sich für eine Abschaffung der anlasslosen Vorratsdatenspeicherung von Telekommunikationsdaten einzusetzen. Der offene Brief im Wortlaut:

Sehr geehrter Herr Lindner,

Sehr geehrte Frau Peter, sehr geehrter Herr Özdemir,

mit unzähligen Überwachungsgesetzen [1] hat die „Große Koalition“ die Grund- und Freiheitsrechte schwer beschädigt. Von einem Jamaica-Koalitionsvertrag mit FDP und Bündnis 90/Die Grünen erwarten wir eine Beseitigung der schädlichsten Altlast der „Großen Koalition“, nämlich der Vorratsdatenspeicherung von Telekommunikationsdaten in Deutschland:

- Die verdachtsunabhängige und wahllose Vorratsdatenspeicherung ist die am tiefsten in die alltägliche Privatsphäre eingreifende und unpopulärste [2] Massenüberwachungsmaßnahme, die der Staat jemals hervorgebracht hat. Das 2015 beschlossene Gesetz zur Vorratsdatenspeicherung verpflichtet Telekommunikationsgesellschaften, Informationen über die Verbindungen ihrer sämtlichen Kunden aufzuzeichnen. Wochenlang soll nachvollziehbar sein, wer mit wem per Telefon, Handy oder E-Mail in Verbindung gestanden hat. Bei Smartphone-Nutzung ist auch der jeweilige Standort des Benutzers festzuhalten. Die Vorratsspeicherung von Internetkennungen (IP-Adressen) soll in Verbindung mit anderen Informationen nachvollziehbar machen, wer was im Internet gelesen, gesucht oder geschrieben hat.
- Eine derart weitreichende Registrierung des Verhaltens der Menschen in ganz Deutschland ist für viele Bereiche der Gesellschaft höchst schädlich. Ohne jeden Verdacht einer Straftat sollen sensible Informationen über die sozialen Beziehungen (einschließlich Geschäftsbeziehungen), die Bewegungen und die individuelle Lebenssituation (z. B. Kontakte mit Ärzten, Rechtsanwälten, Psychologen, Beratungsstellen) von über 80 Millionen Bürgerinnen und Bürgern gesammelt werden. Damit höhlt eine Vorratsdatenspeicherung Anwalts-, Arzt-, Seelsorge-, Beratungs- und andere Berufsgeheimnisse aus und begünstigt Datenpannen und -missbrauch. Sie untergräbt den Schutz journalistischer Quellen und beschädigt damit die Pressefreiheit im Kern. Sie beeinträchtigt insgesamt die Funktionsbedingungen unseres freiheitlichen demokratischen Gemeinwesens. Die enormen Kosten einer Vorratsdatenspeicherung sind ohne Erstattungsregelung von den Telekommunikationsunternehmen zu tragen. Dies zieht Preiserhöhungen nach sich, führt zur Einstellung von Angeboten und belastet mittelbar auch die Verbraucher. Auch unter Bezeichnungen wie „Quick Freeze Plus“ ist eine anlasslose Vorratsdatenspeicherung inakzeptabel [3].
- Es hat sich herausgestellt, dass eine verdachtsunabhängige und wahllose Vorratsdatenspeicherung zur Aufdeckung, Verfolgung und Bestrafung schwerer Straftaten überflüssig ist. Untersuchungen belegen, dass bereits die gegenwärtig verfügbaren Kommunikationsdaten ganz regelmäßig zur effektiven Aufklärung von Straftaten ausreichen. Es gibt keinen wissenschaftlichen Beleg dafür, dass eine Vorratsdatenspeicherung besser vor Kriminalität schützt. Dagegen kostet sie Millionen von Euro, gefährdet die Privatsphäre Unschuldiger, beeinträchtigt vertrauliche Kommunikation und ebnet den Weg in eine immer weiter reichende Massenansammlung von Informationen über die gesamte europäische Bevölkerung.